

4371/AB XXI.GP

---

Eingelangt am: 25.11.2002

Bundeskanzler

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Grollitsch, Kolleginnen und Kollegen haben am 19. September 2002 unter der Nr. 4332/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Zustimmung zu einem bundeseinheitlichen Tierschutzrecht gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Bemerkt wird, daß die in Österreich geltenden Regelungen zu den strengsten Tierschutzgesetzen Europas zählen. Sowohl bei der Nutztierhaltung als auch bei den Haustieren und in der Zoohaltung ist durch die 15 a-Vereinbarungen der Bundesländer österreichweit ein hoher gemeinsamer Standard garantiert. Darüber hinaus haben einige Bundesländer zusätzliche und strengere Tierschutzregelungen getroffen.

Ich habe mit den Landeshauptmännern, die der ÖVP angehören, Gespräche über ein bundesweites Tierschutzgesetz geführt und Zustimmung dafür gefunden. Daher wird die ÖVP vorschlagen, als nächsten Schritt zur Vorbereitung einer notwendigen Verfassungsänderung eine parlamentarische Enquete zu diesem Thema zu veranstalten, um die konkrete Umsetzung zu beginnen.